

Stadt Braunschweig
 Referat Steuerungsdienst
 18. JUNI 2012
 Eing.
 Gech.-Z.
 Anlagen

EINGEGANGEN

18. Juni 2012



Fraktion der
 Christlich-Demokratischen Union
 im Rat
 der Stadt Braunschweig

| | | |
|---|------------------------------|---------|
| Anfrage | Datum | Nummer |
| Öffentlich | 17. Jun. 2012 | 1768/12 |
| Absender CDU - Fraktion Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig | | |
| Adressat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig | | |
| Gremium Rat | Sitzungstermin 19.06.2012 | |
| Betreff Dringlichkeitsanfrage: Razzia gegen Salafisten in Braunschweig | | |

Am 14. Juni 2012 haben auf Anordnung von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich in ganz Deutschland rund 850 Polizeibeamte insgesamt 71 von Salafisten genutzte Gebäude durchsucht. Dabei sind unter anderem unzählige Computer, Mobiltelefone und Videokameras beschlagnahmt worden. Gleichzeitig wurde der deutschlandweit agierende Verein „Millatu Ibrahim“ wegen demokratiefeindlicher Hetze verboten.

Braunschweig war ebenfalls Ziel der Durchsuchungen und bei der Bevölkerung wächst die Angst vor dem gewaltbereiten Islamismus der Salafisten. Nachdem sich bereits der Verein „Einladung zum Paradies“ von Muhamed Ciftci unter Beobachtung der Polizei befand, befürchten viele Menschen nun, dass die radikalen Salafisten einen neuen Standort in der Stadt haben. Mit Sorge beobachten wir, dass solche Vereine die freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehnen. In vielen Fällen wird deshalb über Ver einsverbote gesprochen, wie jetzt im konkreten Fall des Vereins „Millatu Ibrahim“ geschehen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Inwieweit war die Verwaltung in die Vorbereitungen der Razzia eingebunden und hat die Verwaltung Einblick in die Ergebnisse der Ermittlungsbehörden?
2. Wie und in Zusammenarbeit mit wem (bspw. Rat der Muslime in Braunschweig) leistet die Verwaltung Aufklärungsarbeit, um vor allem junge Menschen vor einer Radikalisierung durch die islamistischen Salafisten zu schützen?
3. Wie arbeitet die Verwaltung mit Polizei, Innenministerium, Verfassungsschutz u.a. zusammen, um mögliche Verbrechen gegen das Grundgesetz mit salafistischem Hintergrund möglichst frühzeitig aufzudecken?

Klaus Wendroth
 Fraktionsvorsitzender